

Werbung



24.12.2025 • 15

„Ungeheuerliche Zensur“

HateAid: Wer die Meinungsfreiheit einschränkt, darf nicht mehr in die USA einreisen

Unter anderem die Chefin der NGO HateAid, Anna-Lena von Hodenberg, ist vom US-Außenministerium mit einem Einreiseverbot belegt worden. Das Verbot betrifft auch einen EU-Politiker. Die US-Regierung wirft ihnen „ungeheuerliche Zensur“ abweichender Meinungen vor.



Adrian Wagner



US-Außenminister Marco Rubio ist für die Einreiseverbote verantwortlich. (IMAGO/Newscom World)

Die USA verbieten den Chefs verschiedener NGOs und „Trusted Flagger“, die

amtlich zertifiziert Fake News bekämpfen sollen, die Einreise. Aus Deutschland betrifft das die beiden Chefinnen von HateAid. US-Außenminister Marco Rubio spricht in einem Post auf X davon, dass „viel zu lange Ideologen in Europa organisierte Anstrengungen unternommen haben, um amerikanische Plattformen dazu zu zwingen, Meinungen zu unterdrücken, die ihnen missfallen“.

Gegen diese Entwicklung gehe die Trump-Regierung nun vor: Die verhängten Einreiseverbote gegen „führende Persönlichkeiten des globalen Zensur-Industrie-Komplexes“ betreffen Vertreter aus mehreren Staaten und sollen auch die politisch Verantwortlichen einschließen.

Werbung

Neben der Chefin der NGO „HateAid“, Anna-Lena von Hodenberg, darf auch die Co-Chefin des Unternehmens, Josephine Ballon, in Zukunft nicht mehr in die USA einreisen. HateAid klagt immer wieder gegen die großen sozialen Plattformen wie X oder Facebook. Dem eigenen Anspruch nach unterstützt und berät die Organisation Betroffene von „Hatespeech“ bei ihrem Vorgehen gegen andere User oder Internetplattformen.

HateAid wird unter anderem durch öffentliche Gelder gefördert. Die beiden Geschäftsführerinnen hatten sich zudem öffentlich dafür eingesetzt, dass nach der Übernahme von X durch Elon Musk wegen vermeintlicher Verstöße gesperrte Konten nicht wieder freigeschaltet werden. Auch US-Präsident Donald Trump war vormals auf Twitter gesperrt worden.

Werbung

Sicherheit beginnt mit einem Schritt:
Raus aus der EU.

Die Sicherungsstrategie

Ihr Vermögensschutz in Liechtenstein.



**FRIEDRICH
STRATEGIE**

Neben den beiden Deutschen trifft das Einreiseverbot wegen Zensurmaßnahmen zwei Briten und einen Franzosen: Imran Ahmed, CEO des „Center for Countering Digital Hate“ (CCDH), und Clare Melford, Mitgründerin des „Global Disinformation Index“ (GDI), setzen sich ebenfalls offiziell gegen Hass und Desinformation im Internet ein. Die US-Regierung interpretiert deren Handeln jedoch als massive Einschränkung der Meinungsfreiheit und ein Vorgehen gegen US-Plattformen.

LESEN SIE AUCH:



US-Präsident

Beliebtheitswert von 50 Prozent: Trump wieder mit Rückenwind in Umfragen

Redaktion • 36



„Early Votes“

Demokratenhochburg gibt Regelverstöße bei der Auszählung der US-Präsidentschaftswahl 2020 zu

Redaktion • 27

Unter den Betroffenen der Maßnahme befindet sich auch Thierry Breton, ehemaliger EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. Breton gilt als einer der Hauptarchitekten des „Digital Services Act“ (DSA). Der DSA verpflichtet große Online-Plattformen zur Löschung von „Hassrede“ oder „Desinformation“ und droht Unternehmen bei Nichtbeachtung der Regeln horrende Geldstrafen an.

Die Trump-Regierung und Meinungsfreiheitsaktivisten sehen im DSA eine Maßnahme, die Meinungsfreiheit durch Einschüchterung einzuschränken. Legitime Meinungsäußerungen würden aus Angst vor Geldstrafen in vorausseilendem Gehorsam zensiert. Mit den Einreisesperren versuchen sie, einem zentralen Verfassungswert der Vereinigten Staaten Geltung zu verschaffen.

Teilen:

Zu den Kommentaren (15) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€)

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per Pay Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€)

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.